

Zeitschrift: Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge
Herausgeber: Deutschschweizerische Ordinarienkonferenz
Band: 121 (1953)
Heft: 45

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZERISCHE KIRCHEN-ZEITUNG

Redaktion: Dr. phil. et theol. ALOIS SCHENKER, Prof. theol., Adligenswilerstraße 8, Luzern. - Tel. 2 65 93

Verlag und Expedition: Räder & Cie., Buchdruckerei und Buchhandlung, Luzern, Frankenstraße 7—9, Telephon 2 74 22.
Abonnementspreise: jährlich Fr. 14.—, halbjährlich Fr. 7.20 (Postkonto VII 128) - Ausland: zuzüglich Versandkosten.
Einzelnummer 30 Rp. - Erscheint am Donnerstag - Insertionspreise: Einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Rp.
Schluß der Inseratenannahme Montag morgens. Jeder Offerte sind zur Weiterleitung 20 Rp. in Marken beizulegen.

Luzern, 5. November 1953

121. Jahrgang • Nr. 45

Inhaltsverzeichnis: Ärztliche Moral und ärztliches Recht — Probleme des internationalen Strafrechtes — Kantonale Priesterkonferenz Luzern — Aus der Praxis, für die Praxis — † H.H. Kanonikus Dr. Ferdinand Matt, Stadtpfarrer zu Liebfrauen, Zürich — Kirchenchronik — Kirchenamtlicher Anzeiger des Bistums Basel — Studentag für die H.H. Präses der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine — Seelsorgliche Aussprachetagung in Luzern verschoben

Ärztliche Moral und ärztliches Recht

Montag, den 19. Oktober 1953, empfing Papst Pius XII. die Teilnehmer der XVI. Session des Internationalen Dokumentationsbüros für Militärmedizin in Sonderaudienz. Der Papst richtete an sein sehr qualifiziertes Gremium eine bedeutsame Ansprache, die zwar Fragen der Militärmedizin in den Kreis ihrer Darlegungen zog, über das hinaus jedoch allgemeine Fragen der Ärztemoral vor allem hinsichtlich eines zu schaffenden internationalen Ärzterechtes behandelt. Damit vermehrt sich die pontifikale, autoritative Lehrverkündigung zum ärztlichen Berufsethos um eine bedeutsame Darlegung.

Zwischen dem Papst und dem Ärztstand bestehen Vertrauensbeziehungen. Das hat seine tiefen Gründe. Der Arzt muß nämlich wie der Priester ein Freund und Helfer der Menschen sein, sie heilen, wenn sie krank sind, verwundet sind und leiden. Diese Trias Krankheit, Wunden und Leiden findet sich immer und überall, im Frieden und unvergleichlich mehr noch im Kriege.

Ein erstes Problem der ärztlichen Ethik betrifft die Wissenschaft. Die außerordentliche Zahl von Fällen, welche ein Krieg einem Militärarzt zur Verfügung stellt, trägt zur Erweiterung und Vertiefung des theoretischen und praktischen Wissens bei. Die Wissenschaft ist an sich immer ein positiver Wert, auch die medizinische Wissenschaft. Sonst wäre ja die Allwissenheit kein Attribut Gottes! Das gilt auch von den günstigen oder schädlichen biologischen und medizinischen Einflüssen, welche der Krieg dem Mediziner offenbart. Aber daraus, daß die Vermehrung des Wissens an sich ein Gut ist, folgt nicht, daß alle Mittel erlaubt sind, um das zu erreichen. Überdies kommt, allgemein gesprochen, nicht jedes beliebige Wissen jedem Beliebigen zu, auch nicht jeder beliebigen Menschengruppe. Die Wissenschaft ist gewiß kein Gut, wenn man die perverse Absicht hat, sich ihrer zu bedienen, um anderen zu schaden und Unrecht zuzufügen.

Die Erforschung, Entdeckung, Wissenschaft neuer Vernichtungsmethoden der Massen durch den biologischen und chemischen Krieg, neue Verfahren zur Ausmerzungen politischer, nationaler und rassistischer Gegner, neue Möglichkeiten von Euthanasie für Verwundete, Verstümmelte, Unheilbare können als reine Mehrung des Wissens einen positiven Wert darstellen. Aber sie sind das nicht in den Händen eines jeden Arztes, eines jeden Armeeführers noch auch jeden Volkes. So ist die Frage zu beantworten (teilweise wohlverstanden): «Können oder sollen solche Entdeckungen und neue Erfahrungen unterschiedslos durch ihre Urheber bekanntgemacht und verbreitet werden, wenn nicht der ganzen Welt, so doch den vorgesetzten Instanzen?»

In gewissen Fällen ist die Zurückhaltung angezeigt wegen der Resultate selber. Noch mehr kann sie sich vielleicht aufdrängen, wie schon gesagt, für die Mittel zu deren Erlangung. Wenn es unmöglich ist, eine Gewißheit über die Möglichkeiten ihrer praktischen Verwendung ohne ein gefährliches und vielleicht tödliches Experiment zu erlangen an lebenden Menschen, dann genügt das verfolgte Ziel nicht, um dieses Experiment zu rechtfertigen. Weder im Frieden noch im Kriege (ja hier noch viel weniger) sind Verwundete, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Konzentrationslagerhäftlinge Objekte medizinischer Experimente, über die man frei verfügen dürfte oder wenigstens mit Zustimmung der Behörden. Leider ist die Mißachtung dieser Norm eine traurige Wirklichkeit gewesen, wie die letzten Jahrzehnte erwiesen.

Hauptgegenstand ärztlichen Ethos ist jedoch nicht sosehr die Erwerbung theoretischer Erkenntnisse als vielmehr die berufliche Tätigkeit. In den Projekten für die Kodifikation einer ärztlichen Weltethik, für ein internationales Ärzterecht und für die vorgelegte Formel eines überall gültigen Arzteides kommt immer wieder ein Gedanke zum Vorschein: das oberste Prinzip beruflich-sittlicher Haltung, ärztlicher Gewissenhaftigkeit und Praxis heißt helfen und heilen, nicht unrecht tun, zerstören und töten. Diese Erwägungen verlangen vom Arzt in Zeiten des Friedens und noch mehr in Zeiten des Krieges den Respekt vor dem Menschenleben von der Empfängnis bis zum Tod, die Sorge für sein Wohl, die Heilung seiner Wunden und Krankheiten, die Linderung seiner Leiden und Schwächen, die Bewahrung vor den und den Kampf gegen die Gefahren, den Verzicht auf all das, was sich seinen Aufgaben entgegenstellt. Das gilt jedem Menschen gegenüber, ob Freund oder Feind, gleich welchen Geschlechtes und welchen Alters, welcher Rasse, welcher Nation und welcher Kultur. Dieses Prinzip ärztlicher Haltung soll auch während des Krieges Anwendung finden, wo das erbarmungslose

Wüten der modernen Waffen so viele Wunden schlägt, so viele verstümmelt, so viel Leid und Not schafft, so viel Verlassen und Verlassenheit bedingt sowohl auf dem Schlachtfelde wie in den bombardierten Städten. Die Anwendung dieses wesentlichen Gesetzes ärztlicher Gewissenhaftigkeit und Praxis wird überall in der Welt die Billigung aller rechtlich denkenden Menschen finden. Sie entspricht der Stimme des menschlichen Herzens und der Hoffnung einer jeden gesundgebliebenen Seele. Dieses ärztliche Ethos soll allen Ärzten auf der ganzen Welt eigentümlich werden und sein, denn die menschliche Natur, die biologisch-medizinischen Gesetze, das Leid und die Not, aber auch die Dankbarkeit gegenüber denen, welche Hilfe und Heil bringen, sind allüberall die gleichen.

Hier erscheint allsogleich eine weitere fundamentale Wahrheit: Dieses ärztliche Ethos ist nicht rein subjektiv, sondern es bildet sich am Kontakte mit der Wirklichkeit, orientiert sich an derselben und den ontologischen Gesetzen, die jedes Denken und Urteilen regieren.

Man vergleiche mit diesen ontologischen Gesetzen das, was oben über den wissenschaftlichen Gesichtspunkt als solchen gesagt worden ist, der sich seinerseits ebenfalls diesen Normen unterordnet. Der Arzt, welcher dem nicht Rechnung tragen wollte, würde auf den Titel Arzt im vollen und edelsten Sinne des Wortes verzichten. Man hat versucht, zwei Ärztekategorien zu unterscheiden: die medizinischen Forscher und die behandelnden Ärzte. Das erlaubt, den medizinischen Forscher ganz in den Dienst des behandelnden Arztes zu stellen. Auf jeden Fall würde jener, der das gebietende Verbot, Unrecht zu tun, zu zerstören und zu töten, nicht annehmen würde, auch das medizinische Gewissen und die medizinische Moral verwerfen, die ihn doch in gleicher Weise verpflichten.

Aber die Tätigkeit des gewissenhaften Arztes, für den das Grundprinzip «Helfen und heilen, nicht schädigen und töten» selbstverständlich ist, kann auch Grenzen antreffen, deren Überschreitung sich ein Veto, ein Nein, entgegengesetzt, gefordert von Interessen, die auf der Werteskala höher stehen als die Gesundheit des Körpers und das Leben. Man erinnere sich an die Darlegungen des Papstes über die sittlichen Grenzen der medizinischen Forschung und Behandlung (13. September 1952). Es genügt, von den damaligen Ausführungen das heranzuziehen, was besondere Beziehungen hat zu den Fragen, welche die Militärmedizin interessieren.

Das Problem dieser sittlichen Grenzen hat sich freie Bahn gebrochen. Der Arzt begründet und rechtfertigt sein Vorgehen mit dem Interesse der Wissenschaft, des Patienten und des Allgemeinwohles. Über das Interesse der Wissenschaft ist das Nötige bereits gesagt. In bezug auf das Interesse des Patienten ist zu sagen, daß der Arzt nicht mehr Recht hat, zu intervenieren, als der Patient ihm gewährt. Der Patient seinerseits, das Individuum selber, besitzt nicht das Recht, über seine Existenz zu verfügen, über die Integrität des Organismus, der einzelnen Organe und ihrer Funktionsfähigkeit, es sei denn im Maße des Wohles des Gesamtorganismus, welcher etwas erfordert.

Das gibt den Schlüssel zur Antwort auf die Frage: Kann der Arzt ein gefährliches Mittel anwenden, wahrscheinlich oder sicher tödliche Eingriffe wagen, nur weil der Patient es will oder zustimmt? Ebenfalls auf die Frage, die in sich verständlich ist für einen Arzt, der gerade hinter der Front oder in einem Militärspital arbeitet: Kann er im Falle unerträglicher Leiden und unheilbarer und entsetzlicher Verwundungen auf das ausdrückliche Ersuchen des Kranken

Injektionen verabreichen, welche einer Euthanasie gleichkommen?

Bezüglich des Interesses der Allgemeinheit hat die öffentliche Autorität im allgemeinen kein direktes Recht, über die Existenz und die Integrität der Organe unschuldiger Bürger zu verfügen. Der Papst prüft hier nicht die Frage der Körperstrafen und der Todesstrafe, weil er vom Arzte spricht und nicht vom Henker. Weil der Staat dieses direkte Verfügungsrecht nicht hat, kann er es auch dem Arzte nicht geben, ganz gleich aus welchem Motiv oder zu welchem Ziele auch immer. Die politische Gemeinschaft ist nicht ein physisches Wesen wie der körperliche Organismus, sondern ein Ganzes, das nur eine Einheit des Zieles und des Handelns hat. Der Mensch ist nicht um des Staates willen da, sondern der Staat um des Menschen willen. Wenn es sich um vernunftlose Wesen handelt, Pflanzen oder Tiere, ist der Mensch frei, über deren Existenz und Leben zu verfügen (was aber die Pflicht nicht ausschließt, die er vor Gott und seiner eigenen Würde hat, Brutalitäten und Grausamkeiten, die keinen Grund haben, zu vermeiden), aber nicht über das anderer Menschen oder Untergebener. Der Militärarzt zieht daraus sichere Orientierung. Ohne ihn der Verantwortung für seine Entscheidung zu entheben, kann sie ihm doch vor irrigen Urteilen bewahren, indem sie ihm eine objektive, klare Norm zur Verfügung stellt.

Das Grundprinzip der ärztlichen Moral heißt nicht nur «helfen und heilen, nicht schaden und töten», sondern auch «zuvorkommen und bewahren». Dieser Punkt ist entscheidend für die Einstellung des Arztes zum Kriege im allgemeinen, zum modernen Kriege im besondern. Der Arzt ist Gegner des Krieges und Förderer des Friedens. Sosehr er bereit ist, die Wunden des Krieges zu heilen, wenn sie schon da sind, sosehr setzt er sich im Maße des Möglichen dafür ein, sie zu verhindern.

Der gegenseitige gute Wille erlaubt es immer, einen Krieg als letztes Mittel der Anstrengung von Gegensätzen zu vermeiden. Kürzlich hat der Heilige Vater den Wunsch geäußert, man möge auf dem internationalen Plan jeden Krieg bestrafen, der nicht gefordert wird durch die absolute Notwendigkeit, sich gegen eine sehr schwere Ungerechtigkeit zu verteidigen, welche die Allgemeinheit berührt, wenn man sie nicht durch andere Mittel verhindern kann und es doch tun muß, wenn man nicht der brutalen Gewalt und der Gewissenlosigkeit in den internationalen Beziehungen freie Bahn gewähren will. Es genügt also nicht, sich gegen was immer für eine Ungerechtigkeit verteidigen zu müssen, um die gewaltsame Methode des Krieges anzurufen. Wenn die Schäden im Gefolge desselben nicht zu vergleichen sind mit denen einer erduldeten Ungerechtigkeit, kann man die Pflicht haben, Unrecht zu erleiden.

Was der Papst da entwickelt hat, gilt vor allem für den ABC-Krieg, den atomischen, biologischen und chemischen Krieg. Es möge genügen, die Frage, ob der Krieg einfach notwendig werden könnte, um sich gegen einen ABC-Krieg zu schützen, aufgeworfen zu haben. Die Antwort wird aus denselben Prinzipien abgeleitet werden, welche heute entscheidend sind, um einen Krieg im allgemeinen zu erlauben. Auf jeden Fall stellt sich zuerst eine andere Frage: Ist es nicht möglich, durch internationale Vereinbarungen den ABC-Krieg wirksam zu ächten und zu proskribieren?

Nach den Schrecken zweier Weltkriege ist es nicht nötig, daran zu erinnern, daß jede Apotheose des Krieges als eine Verirrung des Geistes und des Herzens zu verdammen ist. Gewiß, die Seelenstärke und Bravour bis zur Hingabe des Lebens, wenn die Pflicht es erheischt, sind große Tugenden.

Aber den Krieg provozieren wollen, weil er eine Schule großer Tugenden ist und Gelegenheit zu deren Übung gibt, müßte als Verbrechen und Wahnsinn qualifiziert werden.

Die bisherigen Darlegungen zeigen die Richtung, in welcher man die Antwort auf diese andere Frage findet: Kann der Arzt seine Wissenschaft und seine Tätigkeit in den Dienst des ABC-Krieges stellen? Die Ungerechtigkeit kann er nie unterstützen, auch nicht im Dienste des eigenen Landes, und wenn dieser Kriegstyp eine Ungerechtigkeit darstellt, kann der Arzt nicht daran mitwirken.

Es ist noch etwas zu sagen über die Kontrolle und die Sanktionen des ärztlichen Ethos. Die oberste und höchste Kontrolle ist der Schöpfer selber: Gott. Man würde den Grundprinzipien und den Konsequenzen, welche daraus erfließen, nicht gerecht, wenn man sie nur als Forderungen der Humanität charakterisieren würde, als humanitäre Zielsetzungen. Sie sind das auch, aber sie sind wesentlich mehr. Die letzte Quelle, aus denen ihre Kraft und Würde fließt, ist der Schöpfer der Menschennatur. Wenn es sich nur um Prinzipien handeln würde, welche der Wille des Menschen allein aufgestellt hätte, dann hätte ihre Verpflichtung nicht mehr Kraft als die Menschen selber. Man könnte sie heute anwenden und morgen beiseitelegen. Ein Land könnte sie annehmen, ein anderes sie verwerfen. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn der Schöpfer auftritt. Bei den Grundprinzipien des ärztlichen Ethos handelt es sich um einen Teil des göttlichen Gesetzes. Das ist der Beweggrund, welcher dem Arzte erlaubt, ein unbedingtes Vertrauen auf diese Grundlagen der ärztlichen Moral zu haben.

Aber das ärztliche Gewissen verlangt überdies eine sichtbare Kontrolle und Sanktion. Sie finden sich vorab einmal in der öffentlichen Meinung. Diese steht auf Seite der Ärzte. Es gibt Tausende und Hunderttausende einst verwundeter und kranker Soldaten, in deren Geist und Herz ungezählte Ärzte eine unvergängliche Hochschätzung und Dankbarkeit errungen haben wegen ihrer Hingabe, die mehr als einem das Leben gekostet hat.

Noch wichtiger und noch wirksamer ist die Kontrolle, welche über jeden Arzt ausgeübt wird durch seine Kollegen. Ihr Urteil hat eine besondere Bedeutung zur Aufrechterhaltung der ärztlichen Moral, wenn sie in Berufsgemeinschaft vereint sind, selbst wenn diese keinen öffentlich-rechtlichen Charakter aufweist. Sie könnte ihr Verdikt aussprechen über einen gewissenlosen Arzt und ihn aus ihrer Reihe ausstoßen.

Wenn es überdies gelingen würde, wie das erstrebt wird, eine Weltliga der Ärzte zu bilden, welche die erwähnten Prinzipien ärztlicher Moral anerkennen würde und wenigstens faktisch die Rolle der Überwachung der ärztlichen Tätigkeit ausüben würde, besonders in Zeiten des Krieges, dann würde das ärztliche Gewissen darin noch eine größere Sicherheit finden. Eine solche Weltliga könnte einen internationalen Ärzterat bilden, dessen Urteil über die Erlaubtheit gewisser Verfahren zu entscheiden und die unerlaubten Maßnahmen der Individuen und vielleicht sogar der Staaten oder Staatengruppen zu geißeln hätte.

Die wesentlichen Punkte der ärztlichen Moral müssen vorerst Allgemeinbesitz des Ärztestandes werden und dann auch eines weiteren Publikums. In der Ausbildung der Medizinstudierenden wäre als integrierende Disziplin obligatorisch eine Darlegung der ärztlichen Moral einzufügen. Es ist ein in verschiedenen Ländern und Nationen übereinstimmender ärztlicher Berufseid zu fordern. Bevor ein Arzt die Erlaubnis erhält, seinen Beruf auszuüben, ist er zu verpflichten, diesen Eid vor den Vertretern des

internationalen Berufsrates der Ärzte abzulegen. Dieser Eid wäre ein persönliches Bekenntnis zu den Prinzipien der ärztlichen Moral und gleichzeitig eine Stütze und Ermutigung zu deren Beobachtung. Man soll diesem Eid geben oder vielmehr lassen, was ihm von Natur aus zukommt: den religiösen Sinn eines vor der höchsten Autorität des Schöpfers abgelegten Versprechens, von dem die Forderungen in letzter Instanz ihre verpflichtende Kraft und ihre höchste Weihe empfangen.

Die Anstrengungen gehen überdies, und zwar aus guten Gründen, auf die Schaffung öffentlich-rechtlicher und internationaler medizinischer Institutionen, getragen durch Vereinbarungen unter den Staaten.

Ernste Beweggründe stützen in der Tat die Schaffung eines internationalen Rechtes für die Ärzte, das durch die Gemeinschaft der Völker sanktioniert würde. Moral und Recht decken sich nicht immer, und auch dort, wo sie verbunden sind, unterscheiden sie sich doch formell voneinander. In Beziehung auf die Moral erfüllt das Recht verschiedene Funktionen, beispielsweise der Selektion und Konzentration. Beide laufen im Grunde genommen auf das hinaus, daß das Recht die sittlichen Forderungen nur in dem Ausmaße übernimmt, als es das Gemeinwohl fordert. Es bleibt unter diesem Gesichtspunkt immer entscheidend, daß das positive Recht, im Unterschiede zum einfachen ethischen Postulat, eine Norm des Verhaltens vorlegt, welche die zuständige Autorität einer Gemeinschaft von Völkern oder Staaten formuliert hat, verpflichtend für die Mitglieder zur Verwirklichung des Gemeinwohles. Diesem positiven Recht kommt alsdann die rechtliche Verpflichtung, die rechtliche Kontrolle und die Zwangsgewalt zu.

Die Ausarbeitung eines Ärzterechtes überschreitet die Kompetenz dieses Berufes wie auch des Ärzterates und ist der gesetzgebenden Gewalt vorbehalten. Man ersieht jedoch leicht die Bedeutung und die Notwendigkeit eines Ärzterechtes auf Grund des weitreichenden Einflusses des Arztes sowohl auf das Individuum wie auf die Gesellschaft. Daher enthält die Gesetzgebung der Staaten Vorschriften, teils zerstreut, teils zusammengefaßt, oft sehr ins einzelne gehend, über die Ausbildung der Ärzte und die Ausübung ihres Berufes. Diese gesetzlichen Normen geben dem Arzte die Wegleitung für seine Tätigkeit, der Öffentlichkeit die Bürgschaft seines guten Handelns und seinem Gewissen eine Barriere gegen die Nachlässigkeit und gegen den Mißbrauch seiner Macht. Sie beruhigen die Gemeinschaft, welche sicher sein kann, ihre Kranken Männern einer erprobten Wissenschaft und Praxis anvertraut zu haben und die überdies der Kontrolle des Gesetzes unterstellt sind. Natürlich ist immer vorausgesetzt, daß dieses Ärzterecht richtig ist, d. h. der Wahrheit und der Sittlichkeit entspricht und nicht in einem Gewaltsystem wurzelt, das kein Gewissen hat.

Wenn die Dringlichkeit eines Ärzterechtes sich schon in normalen Zeiten aufdrängt, so ist das noch viel mehr zur Kriegszeit der Fall. Nirgendwoanders ist es wichtiger, die Gerechtigkeit zu beobachten. Nirgendwoanders droht sosehr die Gefahr des Irrtums, aber auch der ungerechten Behandlung. Nirgendwoanders sind die Folgen für den Soldaten wie für den Arzt gravierender. Vielleicht muß man noch hinzufügen: Nirgendwoanders sind der eine und der andere so allen Schutzes bar wie während des Krieges.

Der Krieg kann den Arzt in die Hände der Feinde führen oder ihm seine Kranken und Verwundeten anvertrauen. Er kann sich auf der Seite der Sieger oder der Besiegten befinden, im eigenen Lande oder im Feindeslande. Welches Recht regelt dann seine Person und die Ausübung seines

Berufes? Wenn er selber auch nicht Kämpfer ist, so gehört er doch zur Gruppe Kämpfender. Aber welche Eigenschaft wird man ihm alsdann zuerkennen? Kann er seine Kunst ausüben und bei wem? Bei Freund und Feind, Militär und Zivil, überall, wo seine Hilfe gefordert und notwendig ist? Und wie kann er sie ausüben, nach den Grundsätzen der ärztlichen Moral und nach seinem Gewissen?

Das alles wartet auf seine Regelung durch internationale Übereinkommen. Viele Punkte sind schon geordnet, aber doch nicht alle, die es sein sollten. Überdies ist die Zahl der Staaten, welche diesem Übereinkommen beitraten, nicht sehr groß, und noch weniger die Zahl jener, die sie ratifiziert haben. Die Körperschaft der Ärzte kann mit den gesetzgebenden Versammlungen in Kontakt treten mit Initiativen und Vorschlägen zur Vervollständigung des internationalen Rechtes durch die in den abgeschlossenen Verträgen erreichten Punkte. Eine andere Möglichkeit bestände darin, den schon bestehenden Konventionen das Schema des ärztlichen Rechtes, das schon in Kraft ist, mit rechtlicher Wirksamkeit anzufügen.

Man wird nicht mit der utopischen Hoffnung an diese Arbeit herangehen, das Ziel von heute auf morgen zu erreichen, sondern mit Ruhe, Anpassungsfähigkeit und zäher Ausdauer, ohne welche wichtige Unternehmen fast nie gelingen.

Was den Inhalt dieses internationalen Ärzterechtes anbetrifft und seine rechtlichen Formulierungen, gibt ein schon vorbereiteter Entwurf genügend Hinweise. Der Papst möchte nicht auf den technischen Gesichtspunkt eingehen, sondern von der ärztlichen Moral handeln. Unter diesem Gesichtspunkt müßte das Ärzterecht als Grundlage das aufweisen, was die aufgestellten Grundprinzipien besagen. Es müßte eine rechtlich ausgemachte Sache sein, daß der Arzt seinen Beruf immer und überall ausüben kann, wo das praktisch möglich ist, selbst beim verwundeten Feinde, bei Soldaten wie Zivilpersonen, bei Gefangenen und Internierten wie im allgemeinen bei allen, welche von Krankheit, Unglück und Leiden heimgesucht sind. Die größten Nöte haben hier immer den Vorrang wie die Hilfe, die man nicht verschieben kann. Man kann einen Arzt nicht strafrechtlich verfolgen aus dem einzigen Grunde, weil er sich um die Kranken angenommen hat, die es nötig hatten, weil er sich weigerte, Kranke oder Verwundete zugrunde gehen zu lassen, ohne ihnen zu helfen, dem Leben oder Leibe des Menschen zu schaden, zu verstümmeln und sogar zu töten.

Aber es wäre zu wenig für das ärztliche Recht, zu umschreiben, was der Arzt tun kann; es muß überdies auch sagen, was er tun muß, mit andern Worten: überall dort, wo man eine Erlaubnis gegeben hat, müßte auch eine Verpflichtung erscheinen. Das würde auch den Arzt der einen Partei betreffen so gut wie den des Feindes und denjenigen, der, aus neutralem Lande kommend, dienstlich von einer der kriegführenden Mächte verpflichtet worden ist. Der Imperativ, welcher den Ärzten gilt, setzt einen anderen Imperativ voraus, welcher den Regierungen und Armeeführern gilt. Dieser verbietet ihnen einesteils, den Arzt in seiner Tätigkeit einzuschränken, und verpflichtet sie andererseits, denselben im Rahmen des Möglichen zu unterstützen, indem man ihm das nötige Personal und Material zur Verfügung stellt. Diese Forderungen können aber nur dann verpflichtende Normen eines internationalen Rechtes werden, wenn sich der Arzt selber während der Dauer des Konfliktes jeder politischen oder militärischen Tätigkeit enthält und dazu von keiner Partei veranlaßt wird.

Ein Punkt müßte jedoch noch dem internationalen Ärzterecht beigelegt werden: das **Berufsgeheimnis**. Kraft eines formellen Gesetzes muß der Arzt auch während des Krieges die Möglichkeit, ja Verpflichtung haben, das ärztliche Geheimnis zu wahren in bezug auf das, was man ihm in der Ausübung seines Berufes anvertraut. Es wäre verfehlt, im Arztgeheimnis nur ein Privatgut zu sehen, eine zum Vorteil des Individuums bestimmte Maßnahme; es ist ebenso sehr vom Gemeinwohl gefordert. Im Falle eines Konfliktes zwischen zwei Seiten desselben Gemeinwohles muß Reflexion erweisen, was den Vorrang hat. Es ist jetzt nicht davon zu handeln, welche Motive ausnahmsweise vom Arztgeheimnis entbinden, selbst gegen den Willen des Patienten; die Aufgabe des Gesetzes besteht in der Regelung des gewöhnlichen Falles, wofür das Arztgeheimnis die Regel ist.

Wenn es gelingen würde, und es ist zum Teil schon gelungen, die obgenannten sittlichen Forderungen in die internationalen Verträge, die Gesetzeskraft haben, zu inkorporieren, dann wäre das erreichte Ergebnis nicht zu verachten. Man muß bedenken, daß der Arzt hier der schwächere Teil ist. Die Vorschriften des Rechtes, die ihn betreffen, werden in einem Konfliktsfalle wenig nützen, wenn man von den staatlichen Behörden nicht erreicht, sich solchen Vorschriften zu unterordnen und einen Teil ihrer Souveränität zum Opfer zu bringen, wie es in internationalen Vereinbarungen solcher Art in einem gewissen Maße immer der Fall ist.

Es verbleibt noch die auch für andere internationale Verträge schwierige Frage der Kontrolle und der Sanktionen eines internationalen Ärzterechtes. Es ist zuzugeben, daß solche Vereinbarungen ihre wohltätigen Auswirkungen nur dann haben, wenn es gelingt, diese Probleme auf eine befriedigende Weise zu lösen. Die der Uno gestellte Frage anlässlich der Diskussion der Menschenrechte charakterisiert die Schwierigkeit wie folgt: «Ist die Generalversammlung eine Akademie, welche Konventionen redigiert, die niemals angewendet werden?» Die Genfer Konvention vom Jahre 1949, wohlbekannt und wichtig, ist bis zu dieser Frage der Kontrolle und der Sanktionen gelangt, aber hier stehengeblieben.

Hier sollen nun konkrete Vorschläge geprüft werden. Es wird auf den schon bestehenden internationalen Gerichtshof hingewiesen und vorgeschlagen, ihm eine Sektion für das Weltärzterecht anzugliedern. Seine Aufgabe wäre die Überwachung, die Entgegennahme von Klagen, die Vermittlung von Informationen, Urteilsfällung und Verurteilung in gewissen Fällen. Der Vollzug derselben ist, wenn es sich um einzelne Individuen handelt, dem Staate anvertraut, dem sie angehören oder demjenigen, auf dessen Territorium sie sich befinden oder demjenigen, dem sie ausgeliefert werden sollen. Für die im Kriege sooft entscheidende Frage der Sanktionen, wenn das Urteil einen souveränen Staat oder einen Staatengruppe betrifft, besonders wenn der schuldige Staat siegreich aus dem Konflikt hervorgeht, steht die Regelung in einem kodifizierten Rechte noch aus.

Um sein Exposé nicht mit weniger befriedigenden Erwägungen zu schließen, möchte der Papst auf eine Erwägung höheren Ranges hinweisen. Die letzte Sanktion für das ärztliche Gewissen ist Gott. Gott ist auch die mächtigste innere Macht, wenn der Beruf Opfer fordert. In dieser Kraft ist zu handeln, in der Kraft Jesu Christi, des menschengewordenen Gottessohnes. Was für imponierende Werke hat doch die christliche Caritas, inspiriert von dieser Liebe, in allen Bereichen zum Heile der leidenden Menschheit geschaffen. Diese Kraft und diese Liebe wünscht ihnen der Heilige Vater allen von ganzem Herzen.

A. Sch.

Probleme des internationalen Strafrechtes (Schluß)

IV

Nous parlerons en quatrième lieu des garanties juridiques, dont il est question à diverses reprises dans le programme de votre Congrès.

La fonction du droit, sa dignité et le sentiment d'équité, naturel à l'homme, demandent que, du début jusqu'à la fin, l'action punitive se base non sur l'arbitraire et la passion, mais sur des règles juridiques claires et fermes. Cela signifie d'abord qu'il y a une action judiciaire, au moins sommaire, si l'on ne peut attendre sans danger, et que par réaction contre un délit, on ne passe pas outre au procès pour mettre la justice devant le fait accompli. Venger un attentat à la bombe commis par un inconnu en fauchant à la mitrailleuse les passants qui se trouvent par hasard dans la rue, n'est pas un procédé légal.

Déjà le premier pas de l'action punitive, l'arrestation, ne peut obéir au caprice, mais doit respecter les normes juridiques. Il n'est pas admissible que même l'homme le plus irréprochable puisse être arrêté arbitrairement et disparaître sans plus dans une prison. Envoyer quelqu'un dans un camp de concentration et l'y maintenir sans aucun procès régulier, c'est se moquer du droit.

L'instruction judiciaire doit exclure la torture physique et psychique et la narco-analyse, d'abord parce qu'elles lèsent un droit naturel même si l'accusé est réellement coupable, et puis parce que trop souvent elles donnent des résultats erronés. Il n'est pas rare qu'elles aboutissent exactement aux aveux souhaités par le tribunal et à la perte de l'accusé, non parce que celui-ci est coupable en fait, mais parce que son énergie physique et psychique est épuisée et qu'il est prêt à faire toutes les déclarations que l'on voudra. « Plutôt la prison et la mort que pareille torture physique et psychique! » De cet état de choses nous trouvons d'abondantes preuves dans les procès spectaculaires bien connus avec leurs aveux, leurs autoaccusations et leurs requêtes d'un châtement impitoyable.

Il y a 1100 ans environ, en 866, le grand Pape Nicolas I répondait de la manière suivante à l'une des demandes d'un peuple qui venait d'entrer en contact avec le Christianisme (Nicolaï primi responsa ad consulta Bulgarorum, cap. LXXXVI, 13 Nov. 866 — Mon. Germ. hist., Epp. tom. VI, pag. 595) :

« Si un voleur ou un brigand est pris et nie ce qu'on lui impute, vous affirmez chez vous que le juge doit lui rouer la tête de coups et lui percer les côtés avec des pointes de fer jusqu'à ce qu'il dise la vérité. Cela ni la loi divine ni la loi humaine ne l'admettent: l'aveu ne doit pas être forcé, mais spontané; il ne faut pas qu'il soit extorqué, mais volontaire; enfin s'il arrive qu'après avoir infligé ces peines, vous ne découvrez absolument rien de ce dont on charge l'inculpé, ne rougisiez-vous donc pas à ce moment du moins et ne reconnaissez-vous pas combien votre jugement fut impie? De même, si l'inculpé, ne pouvant supporter de telles tortures, avoue des crimes qu'il n'a pas commis, qui, je vous le demande, porte la responsabilité d'une telle impiété, sinon celui qui l'a contraint à pareil aveu mensonger? Bien plus, on le sait, si quelqu'un profère des lèvres ce qu'il n'a pas dans l'esprit, il n'avoue pas, mais il parle. Renoncez donc à ces choses et maudissez du fond du cœur ce que, jusqu'à présent, vous avez eu la folie de pratiquer; en effet, quel fruit avez-vous alors retiré de ce dont vous rougisiez maintenant?... »

Qui ne souhaiterait que durant le long intervalle écoulé depuis lors, la justice ne se soit jamais écartée de cette règle! Qu'il faille aujourd'hui rappeler cet avertissement donné voici 1100 ans, est un triste signe des égarements de la pratique judiciaire au vingtième siècle.

Parmi les garanties de l'action judiciaire, on compte aussi la possibilité pour l'accusé de se défendre réellement, et non seulement pour la forme. Il doit lui être permis, ainsi qu'à son défenseur, de soumettre au tribunal tout ce qui parle en sa faveur; il est inadmissible que la défense ne puisse avancer que ce qui agréé au tribunal et à une justice partielle.

Aux garanties du droit se rattache comme un facteur essentiel la composition impartiale de la cour de justice. Le juge ne peut être « partie », ni personnellement ni pour l'Etat. Un juge, qui possède le sens véritable de la justice, renoncera de lui-même à l'exercice de sa juridiction dans le cas où il devrait se considérer comme partie. Les « tribunaux populaires », qui dans les

Etats totalitaires furent composés exclusivement de membres du parti, n'offraient aucune garantie juridique.

L'impartialité du collège des juges doit être assurée aussi et surtout quand des relations internationales sont engagées dans les procès pénaux. En pareil cas, il peut être nécessaire de recourir à un tribunal international, ou du moins de pouvoir en appeler du tribunal national à un tribunal international. Celui qui n'est pas impliqué dans le différend, ressent un malaise, lorsqu'après la fin des hostilités, il voit le vainqueur juger le vaincu pour des crimes de guerre, alors que ce vainqueur s'est rendu coupable envers le vaincu de faits analogues. Les vaincus peuvent sans doute être coupables; leurs juges peuvent avoir un sens manifeste de la justice et la volonté d'une entière objectivité; malgré cela, en pareil cas, l'intérêt du droit et la confiance que mérite la sentence demanderont assez souvent d'adopter au tribunal des juges neutres, de telle manière que la majorité décisive dépende de ceux-ci. Le juge neutre ne doit pas considérer alors comme de son devoir d'acquiescer l'accusé; il doit appliquer le droit en vigueur et se comporter d'après lui. Mais l'adjonction précitée donne à tous les intéressés immédiats, aux tiers hors de cause et à l'opinion publique mondiale une assurance plus grande que le « droit » sera prononcé. Elle constitue sans aucun doute une certaine limitation de la souveraineté propre; mais cette renonciation est plus que compensée par l'accroissement de prestige, par le surplus de considération et de confiance envers les décisions judiciaires de l'Etat qui agit ainsi.

Parmi les garanties exigées par le droit, il n'est rien peut-être d'aussi important ni d'aussi difficile à obtenir que la détermination de la culpabilité. Ce devrait être en droit pénal un principe inattaquable que la « peine » au sens juridique suppose toujours une « faute ». Le principe de causalité pure et simple ne mérite pas d'être reconnu comme un principe juridique se suffisant à lui tout seul. Il n'y a là d'ailleurs aucune menace pour le droit. Dans le délit commis avec intention mauvaise, le principe de causalité sort son plein effet; le résultat — l'« effectus secutus » du droit canonique — peut réellement être exigé pour que l'existence d'un délit soit vérifiée; mais, en droit pénal, la causalité et le résultat obtenu ne sont imputables que s'ils vont de pair avec la culpabilité.

Ici le juge se heurte à des problèmes difficiles, même très difficiles. Pour les résoudre, il faut avant tout un examen consciencieux du fait subjectif — l'auteur du délit connaissait-il suffisamment l'illegalité de son acte? Sa décision de l'accomplir était-elle substantiellement libre? On s'aidera pour répondre à ces questions des présomptions prévues par le droit. S'il est impossible d'établir la culpabilité avec une certitude morale, on s'en tiendra au principe: in dubio standum est pro reo.

On trouve déjà tout ceci dans le procès criminel simple. Mais les nombreux procès de la guerre et de l'après-guerre jusqu'à nos jours ont conféré au problème une physiologie particulière. Le juge y devait et y doit encore étudier le cas de ceux qui ont commandé à d'autres de commettre un délit, ou qui ne l'ont pas empêché bien qu'ils le pussent et le dussent. Plus fréquemment encore se posait la question de la culpabilité de ceux qui n'avaient commis de faute que sur l'ordre de leurs chefs ou même forcés par eux sous la menace des pires châtements et souvent de la mort. Bien souvent, dans ces procès, les accusés ont invoqué cette circonstance qu'ils n'avaient agi que sur injonction des « instances supérieures ».

Sera-t-il possible d'obtenir par des conventions internationales, d'une part, que les chefs soient mis juridiquement dans l'incapacité d'ordonner des crimes et soient punissables pour avoir donné de tels ordres; et d'autre part, que les subordonnés soient dispensés d'exécuter ceux-ci et soient punissables, s'ils y obtempéraient? Sera-t-il possible de supprimer par des conventions internationales la contradiction juridique, par laquelle un inférieur est menacé dans son avoir, ses biens et sa vie, s'il n'obéit pas, et, s'il obéit, il lui faut craindre qu'après la fin des hostilités le parti lésé, s'il remporte la victoire, ne le traduise en justice comme « criminel de guerre »? Aussi claire que puisse être la norme morale dans tous ces cas — aucune instance supérieure n'est habilitée à commander un acte immoral; il n'existe aucun droit, aucune obligation, aucune permission d'accomplir un acte

en soi immoral, même s'il est commandé, même si le refus d'agir entraîne les pires dommages personnels —, cette norme morale n'entre pas pour l'instant en discussion; il s'agit à présent de mettre fin à la contradiction juridique, que Nous avons signalée, en établissant par le moyen de conventions internationales des règles juridiques positives, bien définies, reconnues par les Etats contractants et obligatoires.

La même nécessité d'un régleme international existe par rapport au principe, si souvent invoqué et appliqué ces dernières dizaines d'années, de la faute purement collective, sur lequel le juge avait à se prononcer lors du procès sur la culpabilité de l'accusé, et qui, plus souvent encore, servit à justifier des mesures administratives. Les Etats et les tribunaux, qui trouvaient dans le principe de la faute collective une justification à leurs prétentions et à leurs agissements, l'invoquaient en théorie et l'appliquaient comme règle d'action. Les opposants le contestaient, le considéraient même comme inacceptable dans tout ordre de choses établi seulement par les hommes, parce qu'entaché de contradiction en lui-même et au point de vue juridique. Mais ici aussi, le problème éthique et philosophique de la faute purement collective n'est pas en jeu pour le moment; il s'agit plutôt de trouver et de fixer juridiquement une formule pratique adoptable en cas de conflit, surtout de conflit international, où la faute collective peut être d'une importance décisive pour déterminer la culpabilité, et l'a été plus d'une fois. La garantie d'un processus juridique régulier exige ici que l'action des gouvernements et des tribunaux soit soustraite à l'arbitraire et à l'opinion purement personnelle et reçoive un fondement solide de normes juridiques claires, un fondement qui réponde à la saine raison, au sentiment universel de justice, et à la disposition duquel les gouvernements contractants puissent mettre leur autorité et leur force de coercition.

V

Un dernier mot au sujet de certains fondements du droit pénal. Ce sont les suivants:

1. L'établissement d'un droit positif présuppose une série d'exigences fondamentales empruntées à l'ordre ontologique.
2. Il faut édifier le droit pénal sur l'homme, comme être personnel et libre.
3. Seul peut être puni celui qui est coupable et responsable devant une autorité supérieure.
4. La peine et son application sont en dernière analyse des fonctions nécessaires de l'ordre juridique.

1. Le droit est nécessairement fondé en dernier ressort sur l'ordre ontologique, sa stabilité, son immutabilité. Partout où des hommes et des peuples sont groupés en communautés juridiques, ne sont-ils pas précisément des hommes, avec une nature humaine substantiellement identique? Les exigences, qui découlent de cette nature, sont les normes ultimes du droit. Aussi différente que puisse être la formulation de ces exigences en droit positif, d'après les temps et les lieux, d'après le degré d'évolution et de culture, leur noyau central, parce qu'il exprime la « nature », est toujours le même.

Ces exigences sont comme le point mort d'un pendule. Le droit positif dépasse le point mort, tantôt d'un côté, tantôt de l'autre, mais le pendule retourne toujours, qu'il le veuille ou non, au point mort fixé par la nature. Que l'on appelle ces exigences de la nature « droit », « normes éthiques » ou « postulats de la nature », peu importe. Mais il faut reconnaître le fait qu'elles existent; qu'elles n'ont pas été établies par le caprice de l'homme; qu'elles sont enracinées ontologiquement dans la nature humaine, que l'homme n'a pas façonnée lui-même; qu'elles doivent donc se trouver partout; que par conséquent tout droit public et tout droit des gens trouvent dans la nature humaine commune un fondement clair, solide et durable.

Il s'ensuit qu'un positivisme juridique extrême ne peut se justifier devant la raison. Il représente le principe: « Le droit comprend tout ce qui est établi comme 'droit' par le pouvoir législatif dans la communauté nationale ou internationale, et rien que cela, tout à fait indépendamment de n'importe quelle exigence fondamentale de la raison ou de la nature ». Si l'on s'applique sur ce principe, rien n'empêche qu'un contresens logique et moral, la passion déchainée, les caprices et la violence brutale d'un tyran et d'un criminel puissent devenir « le droit ». L'histoire fournit, on le sait, plus d'un exemple de cette possibilité devenue réalité. Là où par contre le positivisme juridique est compris de telle sorte que, tout en reconnaissant pleinement ces exigences fondamentales de la nature, on n'utilise le terme

Kantonale Priesterkonferenz Luzern

(Mitget.) Gesuche um einen Beitrag aus dem Bettagsopfer 1953 sollen sofort mit kurzer Begründung an den Präsidenten der Konferenz eingereicht werden. Die letztes Jahr mit einem Beitrag bedachten Kirchengemeinden gelten als angemeldet.

Der Vorstand.

« droit » que pour les lois élaborées par le législatif, plusieurs jugeront peut-être cet emploi peu exact dans sa généralité; toujours est-il qu'il offre une base commune pour l'édification d'un droit international fondé sur l'ordre ontologique.

2. La réalisation de l'ordre juridique s'obtient d'une manière essentiellement autre que dans l'ordre physique. Ce dernier se réalise automatiquement par la nature des choses elle-même. Celui-là par contre ne s'accomplit que par la décision personnelle de l'homme, quand précisément il conforme sa conduite à l'ordre juridique. « L'homme décide de chacun de ses actes personnels »: cette phrase est une conviction humaine indéracinable. La généralité des hommes n'admettra jamais que ce que l'on appelle l'autonomie du vouloir ne soit qu'un tissu de forces internes et externes.

On parle volontiers des mesures de sûreté destinées à remplacer la peine ou à l'accompagner, de l'hérédité, des dispositions naturelles, de l'éducation, de l'influence étendue des dynamismes à l'œuvre dans les profondeurs de l'inconscient ou du subconscient. Bien que ces considérations puissent donner des résultats intéressants, qu'on ne complique pas le fait tout simple: l'homme est un être personnel, doué d'intelligence et de volonté libre, un être qui finalement décide lui-même de ce qu'il fait et ne fait pas. Etre doué d'autodétermination ne veut pas dire échapper à toute influence interne et externe, à tout attrait et à toute séduction; cela ne veut pas dire ne pas lutter pour garder le droit chemin, ne pas devoir livrer chaque jour un combat difficile contre des poussées instinctives peut-être malades; mais cela signifie que, malgré tous les obstacles, l'homme normal peut et doit s'affirmer; cela signifie ensuite que l'homme normal doit servir de règle dans la société et dans le droit.

Le droit pénal n'aurait pas de sens, s'il ne prenait en considération cet aspect de l'homme; mais celui-ci a la vérité pour soi, le droit pénal a un sens plénier. Et puisque cet aspect de l'homme est une conviction de l'humanité, les efforts pour uniformiser le droit pénal ont une base solide.

3. Un troisième présupposé de la justice pénale est le facteur de la faute. Celui-ci situe en dernier ressort la frontière entre la justice au sens propre et les mesures administratives de sécurité. Sur lui repose finalement le veto inconditionné de l'ordre juridique pénal contre l'arbitraire et les violations du droit; de lui se tire une dernière motivation et délimitation des garanties requises dans la procédure pénale.

Le droit pénal dans sa nature intime est une réaction de l'ordre juridique contre le délinquant; il présuppose le lien causal entre celui-ci et celui-là. Mais ce lien causal doit être établi par le délinquant coupable.

C'est une erreur de la pensée juridique que de contester la nécessité de ce lien causal en alléguant que la peine se justifie entièrement par la dignité du droit violé. Cette violation — on affirme — demande une satisfaction qui consiste à imposer une peine douloureuse à l'auteur du délit ou à un autre qui est soumis à l'ordre juridique violé.

L'importance de la culpabilité, de ses présupposés et de ses effets en droit exigent, et cela surtout chez le juge, une connaissance approfondie du processus psychologique et juridique de sa genèse. A cette seule condition, le juge s'épargnera l'incertitude pénible qui pèse sur le médecin obligé de prendre une décision, mais qui ne peut établir aucun diagnostic certain d'après les symptômes de la maladie, parce qu'il n'aperçoit pas leur cohérence interne.

Au moment du délit, le délinquant a devant les yeux la défense portée par l'ordre juridique; il est conscient de celui-ci et de l'obligation qu'il impose; mais en dépit de cette conscience, il se décide contre ce veto et, pour exécuter cette décision, il accomplit le délit externe. Voilà le schéma d'une violation coupable du droit. En raison de ce processus interne et externe, on attribue l'action à son auteur comme à sa cause; elle lui est imputée comme faute, parce qu'il l'a commise en vertu d'une décision consciente; l'ordre violé et l'autorité de l'Etat, qui en est gardien, lui en demande compte; il tombe sous le coup des peines, fixées par la loi et imposées par le juge. Les influences

multiples exercées sur les actes d'intelligence et de volonté — donc sur les deux facteurs, qui représentent les éléments constitutifs essentiels de la culpabilité — n'altèrent pas la structure fondamentale de ce processus, quelque soit leur importance dans l'appréciation de la gravité de la faute.

Parce que le schéma ainsi esquissé est emprunté à la nature de l'homme et à celle de la décision coupable, il vaut partout. Il fournit la possibilité d'une base commune pour les discussions internationales et peut rendre des services appréciés lors de la formulation de règles juridiques, qui doivent être incorporées à une convention internationale.

La connaissance approfondie de ces questions difficiles empêche aussi la science du droit pénal de glisser dans la pure casuistique, et d'autre par l'orienter dans l'usage de la casuistique nécessaire dans la pratique, et donc justifiable.

Si au contraire l'on refuse de fonder le droit pénal sur le facteur de la culpabilité comme sur une circonstance essentielle, il sera difficile de créer un vrai droit pénal et d'arriver à une entente lors de discussions internationales.

4. Il reste un mot à dire sur le sens dernier de la peine. La majorité des théories modernes du droit pénal explique la peine et la justifie en fin de compte comme une mesure de protection, c'est-à-dire de défense de la communauté contre les entreprises délictueuses, et en même temps comme une tentative pour ramener le coupable à l'observation du droit. Dans ces théories, la peine peut comporter aussi des sanctions sous la forme d'une diminution de certains biens assurés par le droit, afin d'appréhender au coupable à vivre honnêtement. Mais ces théories refusent de considérer l'expiation du délit commis, qui sanctionne la violation du droit, comme la fonction capitale de la peine.

On peut laisser à une théorie, à une école juridique, à une législation pénale nationale ou internationale le soin de définir philosophiquement la peine comme elles l'entendent, en conformité avec leur système juridique, pourvu qu'elles respectent les considérations développées plus haut sur la nature de l'homme et l'essence de la faute.

Mais d'un point de vue différent, et l'on peut bien dire plus élevé, il est permis de se demander si cette conception satisfait au sens plénier de la peine. La protection de la communauté contre les délits et les délinquants doit rester assurée, mais le but final de la peine devrait se situer sur un plan supérieur.

Le nœud de la faute, c'est l'opposition libre à la loi reconnue obligatoire, c'est la rupture et la violation consciente et voulue de l'ordre juste. Une fois qu'elle s'est produite, il est impossible de faire en sorte qu'elle n'existe pas. Pour autant cependant que l'on peut accorder satisfaction à l'ordre violé, il faut le faire. C'est une exigence fondamentale de la « justice ». Son rôle dans le domaine de la moralité est de maintenir l'égalité existante et justifiée, de garder l'équilibre et de restaurer l'égalité compromise. Celle-ci demande que, par la peine, le responsable soit soumis de force à l'ordre. L'accomplissement de cette exigence proclame la suprématie absolue du bien sur le mal; par elle s'exerce l'absolue souveraineté du droit sur l'injustice. Veut-on encore faire un dernier pas: dans l'ordre métaphysique, la peine est une conséquence de la dépendance envers la Volonté suprême, dépendance qui s'inscrit jusque dans les derniers replis de l'être créé. S'il faut jamais réprimer la révolte de l'être libre et rétablir le droit violé, c'est bien ici quand l'exige le Juge suprême et la justice suprême. La victime d'une injustice peut renoncer librement à la réparation, mais la justice de son côté la lui assure dans tous les cas.

Dans cette dernière acception de la peine, la fonction de protection, que lui attribuent les modernes, se voit aussi pleinement mise en valeur; mais elle est ici saisie plus à fond. Il s'agit, en effet, tout d'abord non de protéger les biens assurés par le droit, mais le droit lui-même. Rien n'est aussi nécessaire à la communauté nationale et internationale que le respect de la majesté du droit, comme aussi l'idée salutaire que le droit est en lui-même sacré et défendu et que, par conséquent, celui qui l'offense s'expose à des châtements et les subit en effet.

Ces considérations permettent d'apprécier plus justement une époque antérieure que plusieurs regardent comme dépassée. On distinguait alors les peines médicinales — poenae medicinales — et les peines vindicatives — poenae vindicativae. Dans ces dernières, la fonction vindicative d'expiation est à l'avant-plan; la fonction de protection est comprise dans les deux genres de peines. Le droit canon s'en tient aujourd'hui encore, comme vous le savez, à cette distinction, et cette attitude, comme vous le voyez, se fonde sur les convictions énoncées plus haut. Elle

seule répond aussi en un sens plénier à la parole bien connue de l'Apôtre aux Romains: « Non enim sine causa gladium portat; ...vindex in iram ei qui malum agit » (Rom. 13,4). « Ce n'est pas en vain qu'il porte le glaive », dit St-Paul de l'Etat, « il est ministre de Dieu, l'instrument de sa colère contre les mal-fauteurs ». Ici l'expiation est mise à l'avantplan.

La fonction expiatoire seule permet finalement de comprendre le jugement dernier du Créateur lui-même, qui « rend à chacun selon ses œuvres », comme le répètent souvent les deux Testaments (cfr. surtout Matth. 16, 27; Rom. 2, 6). Ici la fonction de protection disparaît complètement, lorsque l'on considère la vie de l'au-delà. Pour la toute-puissance et l'omniscience du Créateur, il est toujours facile de prévenir tout danger d'un nouveau délit par la conversion morale intime du délinquant. Mais le Juge suprême, dans son jugement final, applique uniquement le principe de la rétribution. Celui-ci doit donc certes posséder une valeur qui n'est pas négligeable.

Aussi bien, comme Nous l'avons dit, qu'on laisse à la théorie et à la pratique le soin de définir le rôle de la peine dans le sens moderne plus étroit ou dans l'autre plus large. Dans l'une comme dans l'autre hypothèse, une collaboration est possible et l'on peut viser à la création d'un droit pénal international. Mais qu'on ne renonce pas à envisager cette dernière motivation de la peine uniquement parce qu'elle n'apparaît pas apte à produire des résultats pratiques immédiats.

Nos explications, Messieurs, ont suivi la ligne de contact entre le droit et ses bases métaphysiques. Nous Nous féliciterons, si par là Nous avons pu quelque peu contribuer aux travaux de votre Congrès pour protéger et défendre l'homme contre les crimes et les ravages de l'injustice.

Nous concluons en souhaitant que vos efforts réussissent à édifier un droit pénal international sain au profit de la société, de l'Eglise et de la communauté des peuples. Daigne la bonté et la miséricorde de Dieu tout-puissant vous en donner pour gage sa bénédiction.

Aus der Praxis, für die Praxis

Sakristanenexerzitien

Gehört nicht der Sigrüst zu jenen dienstbaren Geistern, von denen wir mit der größten Selbstverständlichkeit ihre Hilfeleistungen entgegennehmen, ohne darnach zu fragen, ob sie auch in der Lage sind, mit innerer Hingabe ihren Dienst zu versehen? Uns Priestern aber sollte es in erster Linie klar sein: nemo dat, quod non habet. Woher sollte der Sigrüst sein Berufsethos haben? Gewiß nicht immer von seinen Vorgesetzten. Auch der Verkehr in der Sakristei ist nicht immer dazu angetan, ihre Berufsfreude zu vermehren. Wir Priester setzen beim Sigrüsten oft viel zu viel voraus, ohne uns um seine seelische Haltung in seinem Berufe zu kümmern; ja vielfach wird finanzielle Knauserigkeit als vernünftiger Sparsinn der Kirchenverwaltung angesehen. Staunen wir Priester dann ja nicht, wenn wir selber ernten müssen, was wir haben wachsen lassen!

Die Anforderungen an den Sigrüsten — ich denke da auch an die Immunität gegen Ärgernisse — sind nicht allzu gering einzuschätzen. Darum muß er auch innern Gehalt haben, innere Festigkeit und Berufsfreude. Woher soll er sie schöpfen? Vom 16. November abends bis 19. November nachmittags hat die Kantonale Vereinigung der Sakristane des Kantons Luzern Exerzitien organisiert, um unsern Sakristanen wesentliche Geisteskost zu geben, die ihnen wieder hilft, ihren nicht immer leichten Dienst mit innerer Überzeugung und Begeisterung zu versehen.

Wenn wir schon nicht Zeit haben und uns oft umständelhalber auch die Lust dazu fehlt, dem Sigrüsten etwas mehr als nur «Vorgesetzter» zu sein, so wollen wir doch die Gelegenheit nicht verpassen, ihn wenigstens für die Teilnahme an diesen Exerzitien zu bewegen.

Ad. Iten, Pfarrer

Präses der Sakristanenvereinigung des Kantons Luzern

† H.H. Kanonikus Dr. Ferdinand Matt, Stadtpfarrer zu Liebfrauen, Zürich

Das Bistum Chur hat dem Fürstentum Liechtenstein manchen tüchtigen Seelsorger zu verdanken. Insbesondere darf dies gesagt sein von Zürich und von der Liebfrauenkirche, welche drei Liechtensteiner zu tüchtigen Pfarrherren hatte. Der dritte, die markante Gestalt von H.H. Kanonikus Ferdinand Matt, hat am 6. Oktober die Augen für immer geschlossen. Sein Tod bedeutet für seine Pfarrei und für Zürich einen äußerst schweren Verlust, und die Nachricht von seinem Ableben hat darum große Bestürzung hervorgerufen. In den vergangenen 25 Jahren seiner Tätigkeit an Liebfrauen war er einer der großen Exponenten der zürcherischen katholischen Seelsorge. Nicht nur die äußeren Denkmäler seiner Tätigkeit beweisen dies, sondern vor allem die Tatsache, daß selten ein Pfarrer mit seiner Gemeinde so verwachsen und vertraut ist, wie Pfarrer Matt dies mit Liebfrauen gewesen ist. Das ist das Große an dem Verstorbenen, daß dieser kraftvolle Mann mit klarem Auge die Situation einer großen Stadt erkannt und mit unbeugsamem Willen sich der schweren und vielseitigen Arbeit unterzogen hat, in weiser Verbindung und genialer Erfüllung der äußeren und inneren Verpflichtungen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß der Verstorbene eine solche Spannkraft mit klugem Geschick und gesunder Menschenkenntnis verband. Ein gutes Stück davon bekam der hellsehtige Bauernsohn aus Ruggell vom Stamm seiner Familie mit, und diese kernhafte und wetterfeste Art war ihm für seine Tätigkeit im nervösen Leben der Großstadt von größtem Wert. Es war kein leichter Ackerboden, den ihm sein Herr anvertraute, und es war nicht leicht, vom kleinen Bauerndorf in die Stadt versetzt zu werden. Die Kirche, die sein Onkel erbaut hatte, stand in einer Pfarrgemeinde, welche bald mit ihren mehr als tausend Seelen einen Seelenhirten von außergewöhnlichem Format benötigte. Gottes Vorsehung schenkte ihr diesen Mann, der mit seltener Energie und mit unbeirrtem Glauben den Acker zu bebauen sich anschickte.

Der junge Student hat aber zuerst tapfer an sich selbst arbeiten müssen, als er im Kollegium Maria-Hilf in Schwyz hinter die Bücher gesetzt wurde. Die Arbeit, die er hier leisten mußte, war zugleich eine Umstellung, die nicht wenige Opfer forderte. Doch Ferdinand Matt hat mit zäher Ausdauer gearbeitet, hat langsam, aber stetig seine Früchte reifen lassen und war als Maturus ein Mann, der manchen hinter sich ließ, der leichten Fußes durch die Gefilde der Schulung gewandert war. Seine Berufung zum Priestertum war ihm von Anfang an klar. Er machte seine Studien an der Gregoriana in Rom. Später hörte er auch Vorlesungen in Innsbruck und erwarb sich den Doktorhut der Philosophie und Theologie. Nach seiner Primiz kam er als junger Vikar 1919 an die Antoniuskirche in Zürich. Drei Jahre später wurde er in gleicher Eigenschaft Seelsorger an der Liebfrauenkirche, und als Domherr Basilius Vogt resignierte, folgte er ihm im Pfarramt nach und übernahm 1929 die schwere Bürde.

Pfarrer Matt war ein ausgezeichneter Hirte seiner Gemeinde. Auf ungezählten Gängen durch die geheimsten Winkel seiner Pfarrei lernte er seine Herde kennen. Seine gerade, gütige, sichere und konsequente Art, sein umfassendes Wissen und sein großes Verständnis für die Verirrten brachten seinen Pfarrkindern unermeßlichen Segen. Kein Gang war ihm zuviel, wenn es eine Seele zu gewinnen galt, wenn eine Ehe in Ordnung zu bringen war oder wenn sich ihm die Hand eines Hungrigen entgegenstreckte. In seinen eigenen Ansprüchen war er äußerst bescheiden, schenkte aber großzügig, wo er Not sah. Sein tröstendes Wort war echt und tief und kam aus einem frommen

und in Gott gegründeten Herzen. So wenig musikalisch er selber war, so war er doch ein großer Freund der Kirchenmusik, und der Gregoriuschor verdankt ihm nicht nur Wohlwollen und Förderung, sondern aufrichtige Freundschaft und verständnisvolle Hingabe, die sich dann besonders zeigte, wenn es Schwierigkeiten zu meistern und Gegensätze zu überbrücken gab.

Geradezu übermenschliche Kräfte stellte Dr. Matt in den Dienst des Kirchenbaues und der Schule. Ein erstes Werk war die Bruderklausekirche. Hier erlebte Pfarrer Matt die Freude, daß seine Pfarrkinder mit hochherziger Bereitschaft ihm zur Seite standen. Schon seit 1936 zählte der Kreis 6 mehr als 14 000 Katholiken. 1933 wurde die Kirche eingeweiht. Ebenso bewährte sich seine Eigenschaft als Sammler und Bauherr an der St.-Martins-Kirche in Fluntern, die 1939 eingeweiht werden konnte.

Wer das eben im Verlag Räber, Luzern, erschene Buch «Franziskus in der Großstadt» von P. Reinhold Wick, OCap., liest, kann ermessen, welche Wichtigkeit solchen Kirchenbauten und Gründungen von Pfarreien zukommt. Er erhält aber auch einen Einblick in die Notwendigkeit einer weltanschaulich guten Schule, einer christlichen Lebensformung auf dem Boden einer solchen Stadt. Nachdem schon 1924 der Bau einer Mädchensekundarschule beschlossen worden war, die im Oktober eingeweiht wurde, galt es, dieser noch die Knabensekundarschule beizufügen. Wer die zürcherischen Verhältnisse kennt, weiß, wie schwer diese Verpflichtung war, und Dr. Matt lag sie so sehr am Herzen, daß er seine ganze Kraft dafür einsetzte. Der Schulverein und der tüchtige Pfarrer waren im opferfreudigen katholischen Zürich die richtigen Männer, welche den Plan schließlich zur Verwirklichung brachten. Am Ostermontag 1949 konnte das Haus eingeweiht werden. Auch die Mädchensekundarschule erfuhr einen weiteren nötigen Ausbau. Dazu wurde für hervorragende Lehrkräfte gesorgt, und damit wurden diese beiden Schulen eine Zierde für Zürich und ein hervorragendes Denkmal für ihre Erbauer.

Plötzlich, mitten aus der großen Arbeit und aus seinen Plänen heraus, wurde Kanonikus Dr. Matt von seinem Herrn heimerufen. Katholisch-Zürich verliert mit ihm nicht nur einen hervorragenden Seelsorger, sondern auch einen mutigen Kämpfer eigener Prägung. Er hatte wohl von seinem Onkel, der im Wolfbach als Gesellenpräses ein erstes kirchliches Zentrum geschaffen hatte, den Geist des Apostolates geerbt. Von Bruder Klaus, dem zu Ehren er die erste Kirche baute, erhoffte und erhielt er sein unbeugsames Vertrauen, und vom hl. Martin, dem großen Heiligen der Caritas, hatte er seine Liebe zu den Armen und seine Hingabe für die Kranken. Zürich war ihm so lieb und teuer geworden, daß er den neuen katholischen Schulen ans Herz legte, gute Zürcher zu erziehen, die sich des Bodens bewußt sind, auf dem sie aufwachsen.

Die Katholiken von Zürich, und vorab der Liebfrauenpfarre, werden das schönste Denkmal für ihren verstorbenen Pfarrer in ihren Herzen tragen. Sie werden das kostbare Erbe, das sie aus seiner Hand übernehmen, nicht nur weiter tragen, sondern als große und heilige Verpflichtungen weiter fördern. Begeistert und vom Pfingstfeuer getragen war das Werk des verstorbenen großen Seelenhirten. Begeistert aber auch, was die Katholiken von Zürich dazu beigetragen haben. Möge Gott seinem treuen Diener einen doppelten Lohn geben, den Lohn seiner Herrlichkeit und den Lohn eines immer neu entfachten Pfingstfeuers in den Seelen der Katholiken von Zürich!

Hs.

Kirchenchronik

Der Apostolische Nuntius in Luzern

Mgr. Gustav Testa, der Apostolische Nuntius, weilte über das Christkönigsfest in Luzern. Die Theologische Fakultät hatte die Eröffnung des akademischen Studienjahres benützt, den Vertreter des Hl. Stuhles anlässlich der Uebernahme seines hohen Amtes zu sich einzuladen. Gleichzeitig benutzte die Regierung des Kantons Luzern den Anlaß ihrerseits, um den Nuntius an Orte der einstigen Residenz der Nuntiatur im katholischen Vorort offiziell zu empfangen. Mgr. Testa, der von seinem Sekretär Mgr. Angelo Palmas begleitet war, feierte am Christkönigstag

auf Einladung des Stiftskapitels von St. Leodegar das Pontifikalamt in der Stiftskirche, wozu er vom Priesterseminar in feierlicher Prozession abgeholt wurde. Die h. Regierung nahm mit dem Standesweibel am feierlichen Gottesdienste offiziell teil. Im Kanzelwort sprach in Auftrag und Vertretung der Fakultät deren Rektor, Prof. Dr. J. B. Villiger, legte die Gründungsgeschichte der Theologischen Fakultät dar und umriß deren Bedeutung für die wissenschaftliche Bildung des Klerus. Dem Staate Luzern gebührt für sein rechtliches und finanzielles Einsehen für seine Theologische Fakultät aller Dank und alle Anerkennung.

Nach dem Gottesdienst empfing die Regierung den hohen Gast im Regierungsratssaal in einer kurzen, aber eindrucksvollen Zere-

monie. Schultheiß Dr. F. X. Leu begrüßte den Nuntius, erinnerte an die Tatsache, daß Luzern 1579—1580 Sitz der Nuntiatur gewesen war und betonte die Freude und Anhänglichkeit Luzerns anlässlich dieses ehrenvollen Besuches. Abschließend kam der Schultheiß auf die Mission des Hl. Stuhles zu sprechen, welche der Nuntius zu vertreten hat, und zog eine Parallele zum internationalen Wirken der Schweiz. Mgr. Testa möge sich beim Heiligen Vater gelegentlich zum Interpretieren der unwandelbaren Treue des katholischen Luzernervolkes gegenüber dem Papst machen und sich einer langen und gesegneten Wirksamkeit in der Schweiz erfreuen. Der Nuntius dankte in seiner Antwort für den freundlichen Empfang in Luzern, das für ihn keine unbekannte Stadt sei. Er freue sich, die wertvollen Beziehungen zum Stände Luzern zu pflegen und den Hl. Stuhl in der Schweiz vertreten zu dürfen. Der Regierung entbot er beste Wünsche zur hohen Aufgabe, die ihr obliegt. Als Erinnerungsgabe wurde dem Nuntius ein Exemplar der «Luzerner Kunstdenkmäler» überreicht.

Die Regierung offerierte ihrem Gast im Hotel «Union» eine Mittagstafel, im engeren Kreise offizieller eingeladener Spitzen staatlicher Behörden und kirchlicher Vertreter.

Um auch dem Luzernervolk nach dem Morgengottesdienste noch eigens Gelegenheit zu geben, den Nuntius zu begrüßen, wurde ein Abendgottesdienst in St. Paul gefeiert. Im Rahmen einer Papstkundgebung richtete Mgr. Dr. Josef Meier ein Kanzelwort an die zahlreich zusammengeströmten Gläubigen über die Rolle des Papsttums in Vergangenheit und Gegenwart. Der Nuntius ließ es sich nicht nehmen, im Anschluß daran selber ein kurzes Wort an die Gläubigen zu richten, das im Aufrufe zur Mitarbeit am Reiche Gottes durch das Laienapostolat gipfelte. Nach gemeinsamen Gebeten erteilte der Nuntius den eucharistischen Segen.

Montag, den 26. Oktober, nahm der hochwst. Nuntius, zusammen mit dem hochwst. Diözesanbischof, am Eröffnungsgottesdienst des akademischen Schuljahres teil, den Regens Mgr. Ernst Simonetti zelebrierte, sowie am akademischen Eröffnungsakt in der Aula des Priesterseminars, wo der Rektor der Fakultät in seiner Rektoratsrede das Charakterbild Wessenbergs zeichnete, wie es sich aus dessen Briefwechsel mit dem Luzerner Stadtpfarrer Thaddäus Müller erschloß. Ein weiterer Kreis geladener Gäste nahm an diesem Akte ebenfalls teil, welche damit der Theologischen Fakultät ihre Sympathie und Verbundenheit bekundeten.

Der hochwst. Nuntius ergriff anlässlich der mittäglichen Agape nach dem hochwst. Diözesanbischof nochmals das Wort, diesmal weniger offiziell und mehr familiär, um u. a. zu den Theologen zu sprechen und sich an seine eigene, nun schon 45 Jahre zurückliegende theologische Studienzeit zu erinnern. Regierung und Behörden von Kanton und Stadt Luzern, die Theologische Fakultät und das Priesterseminar mit dem Bischof, sowie das gläubige Volk von Luzern werden sich allezeit mit Freude und Dankbarkeit an diesen Besuch des Apostolischen Nuntius erinnern, dessen lebenswürdige Persönlichkeit diese erste Kontaktnahme so gewinnend und angenehm zu gestalten wußte.

A. Sch.

Um die konfessionellen Ausnahmebestimmungen der BV.

Vorgängig des Parteitages der Schweizerischen Konservativen Volkspartei am Christkönigstag in Emmen (LU) tagte am Samstag, dem 24. Oktober 1953, das Zentralkomitee der Konservativen Volkspartei in Luzern. Es nahm u. a. auch Stellung zu den Ausnahmeartikeln der BV., im Anschlusse an eine Orientierung von Nationalrat Dr. Karl Hackhofer (Zürich) über die Jesuitendebatte im Zürcher Kantonsrat. Aus der Diskussion ging folgende einstimmig angenommene Resolution hervor, welche vom sonntäglichen Parteitag mit Beifall begrüßt und unterstützt wurde:

«1. In Uebereinstimmung mit der Entschließung der katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung vom 22. September 1953 und der Stellungnahme des Schweizerischen Katholischen Volksvereins vom 25. September erhebt das Zentralkomitee der Schweizerischen Konservativen Volkspartei schärfsten Protest gegen einzelne im Zürcher Kantonsrat anlässlich der Jesuitendebatte gefallene Voten, die eine empörende Hetze gegen den Katholizismus, eine Beleidigung des katholischen Volksteils und eine schwere Störung und Gefähr-

dung des heute besonders notwendigen konfessionellen Friedens darstellen.

2. Das Zentralkomitee stellt fest, daß die Schweizer Katholiken mit den Kulturkampfarmtikeln der Bundesverfassung immer noch unter diskriminierendes Ausnahmerecht gestellt sind; dieses Ausnahmerecht widerspricht den Grundprinzipien der Bundesverfassung und ist dem Ansehen unseres Landes vor der Weltöffentlichkeit abträglich.

3. Das Zentralkomitee ersucht die katholisch-konservative Fraktion der Bundesversammlung, die geeigneten Schritte einzuleiten, um für die Schweizer Katholiken die volle Rechtsgleichheit zu erwirken. Es appelliert an das Verantwortungsbewußtsein und den guten Willen aller Miteidgenossen, denen der innere Friede unseres Landes Herzensanliegen ist, mitzuhelfen bei der Beseitigung eines Zustandes, der das Rechtsempfinden jedes gerecht denkenden Bürgers verletzen muß.»

Im Ueberblick über die politische Lage, welchen Parteipräsident Nationalrat Dr. Max Rohr (Baden) einleitend vor dem Parteitag erstattete, kamen u. a. die Ausnahmeartikel der BV. ebenfalls einläßlich zur Sprache. Es wurde klar gesagt, daß wir vor derartigen Verfassungsbestimmungen nicht Achtungstellung annehmen können und nicht ruhen und rasten dürfen, bis dieses Unrecht endlich ausgetilgt ist.

Nun wäre also nicht nur auf kantonalem, sondern auch auf eidgenössischem Boden Stellung bezogen bzw. zu beziehen zum Vorgehen betr. Abschaffung der konfessionellen Ausnahmebestimmungen der BV. Die katholisch-konservative Fraktion der Bundesversammlung soll die geeigneten Schritte einleiten, um für die Schweizer Katholiken die volle Rechtsgleichheit zu erwirken. Es wird nicht näher ausgeführt, worin diese Schritte bestehen. Da aber an die Fraktion in den eidgenössischen Räten appelliert wird, kann an das parlamentarische Mittel der Interpellation und vor allem der Motion gedacht werden, und da von der Erwirkung der vollen Rechtsgleichheit für die Schweizer Katholiken gesprochen wird, kann sachlich nur an eine Revision der BV. gedacht werden, so oder anders. So scheinen sich die beiden Initiativen zu koordinieren und zu kumulieren, diejenige der projektierten Standesinitiative des Kantons Schwyz und diejenige der parlamentarischen Vertreter des katholischen Schweizervolkes in der Bundesversammlung.

Ein kantonales Parlament ist eine souveräne Behörde, und deren Mitglieder, die Kantonsräte, sind verfassungsrechtlich absolut legitimiert, im Rahmen der Kantons- und Bundesverfassung ihr Mandat auszuüben. Es erstaunt daher, wenn von verschiedenen Seiten die Initiative von Dr. Blunshy und Konsorten zur Ergreifung einer Standsinitiative im Kanton Schwyz mit schulmeisterlichen Zensuren bedacht worden ist. Es ist nicht einzusehen, warum politische Sonderaktionen als unüberlegt qualifiziert bzw. disqualifiziert werden sollen und eine Gefährdung des Erfolges anderer in die Wege geleiteter Aktionen prophezeit werden will. Schließlich hat keine politische Instanz das Monopol der Überlegung und Überlegenheit, und es kann jede Aktion scheitern, ebensogut wie gelingen, ohne daß dafür eine Sehergabe beansprucht und unberechtigterweise im Sinne eines ungehörigen Druckes eingesetzt werden dürfte. Wo ist hier Taubeneinfalt und wo Schlangenklugheit am Werk?

Man wird mit Interesse der Entwicklung auf kantonalem wie auf eidgenössischem Boden entgegensehen, die durchaus parallel verlaufen kann, ja muß. Es ist klar, daß die Frage der Ausnahmebestimmungen der BV. und ihrer Beseitigung sowohl kantonale wie eidgenössische Aspekte hat, daß sie von der Peripherie aus wie vom Zentrum aus angefaßt werden kann. Möge die gute Sache den verdienten Erfolg erringen. Der Appell an alle Eidgenossen, die guten Willens sind, die Hoffnung auf den Brudersinn darf nicht zuschanden werden. Das würde als eine Tat des guten Willens und des Brudersinns der modernen Eidgenossenschaft würdig sein und gut tun und das psychologische Klima entgiften helfen, was auch weiteren noch bestehenden Differenzpunkten politischer, sozialer, wirtschaftlicher, usw. Natur zugute kommen könnte!

A. Sch.

Das spanische Konkordat

Das am 27. August a. c. zwischen dem Hl. Stuhl und Spanien abgeschlossene Konkordat ist am 27. Oktober a. c. durch Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft erwachsen. Bezüglich des in der Schweiz vieldiskutierten Toleranzproblems wurde im Schlußprotokoll, das einen intergrierenden Teil des Kon-

kordates bildet, erklärt: «Im nationalen Territorium wird weiterhin in Kraft bleiben, was im Artikel 6 des „Fuero de los Españoles“ festgelegt worden ist.» Darüber ist im Artikel «Moderner Staat und Toleranzproblem» in der KZ. (1950, S. 333) im Anschluß an eine innerkatholische Diskussion berichtet worden. In dieser Hinsicht ist zu korrigieren, was in der «Schweiz. Rundschau» (Oktober 1953, S. 385 f.) geschrieben worden ist. Es handelt sich, wie aus dem Text des Konkordates zu ersehen ist, nicht um Artikel 6 des Konkordates, welcher das Toleranzproblem regelt. In Art. 6 des Konkordates ist nämlich die Rede von den kirchlichen liturgischen Gebeten, welche täglich für Spanien und den Staatschef zu verrichten sind. Das Toleranzproblem wird im Konkordat nicht neu geregelt, sondern es wird, wie schon gesagt, einfach der bisherige Status quo, wie er im «Fuero de los Españoles» umschrieben war, im Schlußprotokoll übernommen und sanktioniert. Wie weit der Hl. Stuhl und Spanien von Helvetien aus, und zwar von katholischer Seite, eine theologische und kanonische Belehrung bzw. Kritik nötig haben in bezug auf die Regelung des Toleranzproblems auf spanischem Boden, bleibe dem Urteil zuständiger Theologen usw. überlassen.

Das spanische Parlament hat die Ratifikation des Konkordates mit Akklamation beschlossen. In seiner Botschaft an die Cortes hat der Staatschef Franco u. a. erklärt: «In katholischen Ländern stehen die Glaubensfragen unter den ersten Verpflichtungen des Staates. Der Grundsatz der religiösen Einheit ist kombiniert mit der privaten Ausübung der Religion durch diejenigen wenigen Spanier oder Ausländer in Spanien, die nichtkatholischen Kirchen angehören. Diese Toleranz gegenüber Andersgläubigen bedeutet aber nicht Freiheit der Propaganda.»

Ein Teil der katholischen Presse der Schweiz hat diese Meldung gebracht, ein anderer bezeichnenderweise nicht. Wie ein Familienvater mit Recht, wie es seine Pflicht ist, darüber wacht, daß in seiner Familie die katholische Religion nicht angegriffen und bekämpft wird, so wahr Franco als Chef des katholischen Spanien die Einheit des Glaubens in seinem Volke und hält eine Propaganda fern, welche den katholischen Glauben bekämpft. Wer sich über die Heilsnotwendigkeit des Glaubens klar ist und die öffentlich-rechtlichen Pflichten eines katholischen Staates kennt, wundert sich darüber nicht. Die Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit bedeutet keine theologische und rechtliche Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Kulte. Dabei kann auch in Spanien persönlich und rechtlich jedermann glauben, was er will, und wird wegen seines Glaubens nicht verfolgt und auch nicht irgendwelchem Zwange unterworfen.

A. Sch.

Kirchenamtlicher Anzeiger des Bistums Basel

Zweite Auflage des Rituale Basileense

Die im Sommer 1938 erfolgte Neuauflage des Rituale Basileense deutscher Sprache ist ausverkauft. Für eine Neuauflage ist der hochwürdigste Bischof von Basel bereit, Vorschläge und Ratschläge entgegenzunehmen. Man möge sie bis zum 15. Dezember an die unterfertigte bischöfliche Kanzlei eingeben.

Solothurn, den 3. November 1953.

Die bischöfliche Kanzlei.

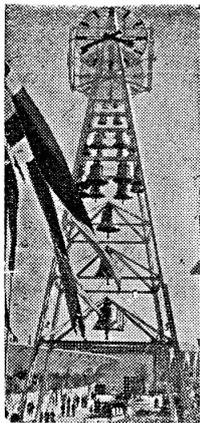
Studenttag für die H.H. Präsidien der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine

(Mitg.) Montag, den 16. November 1953, im Grünen Saal des Hotels «Casino» in St. Gallen. Beginn 10.00 Uhr. Leitung: Herr Prof. Dr. O. K. Kaufmann, St. Gallen. Thema: «Der Weg des Priesters zum Arbeiter». 1. Die Welt des Arbeiters. 2. Was erwartet der Arbeiter vom Priester? 3. Wie verwerten wir die Materialmappe 1953/54 in unserer Vereinstätigkeit? Alle Interessenten sind dazu freundlich eingeladen.

Seelsorgliche Aussprachetagung in Luzern verschoben

(Mitg.) Die Theologische Fakultät Luzern hatte auf den 9. November 1953 eine seelsorgliche Aussprachetagung über «Die Gestaltung der Meßfeier aus der liturgischen Erneuerung» vorgesehen und in der «Schweiz. Kirchenzeitung» (Nr. 37, vom 10. September) angekündigt. Am 14. und 15. September dieses Jahres fand in Lugano ein internationales Studientreffen von Liturgikern statt, das auch von verschiedenen geistlichen Herren der Schweiz besucht wurde. Auch die am vergangenen 14. und 15. Oktober in Luzern veranstaltete kantonale Erziehungstagung befaßte sich mit dem Thema «Die Schätze der Liturgie im Dienste der Erziehung». Wir glauben deshalb der Sache besser zu dienen, wenn wir die ursprünglich auf den 9. November angesetzte Aussprachetagung für Seelsorger auf 1954 verschieben. Der genaue Zeitpunkt und das Programm werden später bekanntgegeben.

Theologische Fakultät Luzern.



Glockengießerei H. Rüetschi AG., Aarau

Kirchengeläute
Neuanlagen und Erweiterungen
Umguß gebrochener Glocken
Glockenstühle
Fachmännische Reparaturen

Glockenturm
Schweiz. Landesausstellung
Zürich 1939

10 Tage Gratis-Ferien

in Braunwald, 24. Dezember bis
4. Januar, für Besorgung des
Gottesdienstes in dieser Zeit.
Anmeldungen an
Kath. Pfarramt Linthal (GL).

Inserat-Annahme
durch RÄBER & CIE.,
Frankenstrasse, LUZERN

E. Gallati

GOLD- +
SILBERSCHMIED
ZINNGIESSER
LUZERN
BASELSTR. 58 TEL. 31788
BEDIENT SIE GEWISSEN-
HAFT UND PREISWERT

Zu vorteilhaftem Preis sind folgende Jahrgänge der

Schweizerischen Kirchenzeitung

in Leinen gebunden, abzugeben:

1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1907, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924,
1925, 1936, 1941, 1942, 1943; einzeln Fr. 5.—, kompl. Fr. 50.—.

Verlag Räber & Cie., Luzern

Eingetr. Marke



Schon 20 Jahre

JAKOB HUBER Kirchengoldschmied Ebikon

Tel. (041) 244 00 „Chalet Nicolai“ Kaspar-Kopp-Str. 81
6 Minuten von der Tram-Endstation Maihof, Luzern

Sämtliche kirchlichen Metallgeräte: Neuarbeiten
und Reparaturen, gediegen und preiswert



Für die neuzeitlichen Alben, Chorröcke, Stolen, Ciborienvelen, Altarschutzdecken und Versehtücher mit feinsten Handstickerei nur noch die bewährten Ramiegewebe.
Für Paramentenvereine und Privatpersonen steht das Material angemüstert zur Verfügung.
Der Ruf des ältesten Spezialgeschäftes bürgt für erstklassige Qualität und einwandfreie Ausführung.

Fraefel & Co. Paramentenstickerei St. Gallen

Kirchen - Vorfenster

in bewährter Eisenkonstruktion erstellt die lang-jährige Spezialfirma

**Joh. Schlumpf AG.
Steinhausen**

mech. Werkstätte

Verlangen Sie bitte unverbindlichen Besuch mit Beratung und Offerte. Tel. (042) 410 68

E. Schnyder, Kerzenfabrik, Einsiedeln

gegr. 1798

Tel. (055) 611 43



Altarkerzen: Jede gewünschte Größe, Rein 100%, liturg. 55%, Composition.

Verzierte Kerzen: Osterkerzen, Taufkerzen, Kommunionkerzen, Ehekerzen, Geburtstagskerzen.

Ewiglichtöl, Rauchfaßkohle, Weihrauch etc.

Verlangen Sie bitte Muster.

150 Jahre Altar-Kerzen!

BONIFAZ ENGLER, KIRCHENMALER RORSCHACH

TEL. (071) 41592

EMPFIEHLT SICH FÜR

**RESTAURIEREN
UND
RENOVIEREN
VON
KIRCHEN
KAPELLEN
ALTÄREN**

**RESTAURIEREN
VON
GEMÄLDEN
FIGUREN
ALTÄREN**

VERGOLDUNGEN

CHRISTOPHORUS

PFARRBLATT

Erscheint wöchentlich in 94 Pfarren der Diözesen Basel, Chur und St. Gallen, Auflage 24 000 Exemplare. Die 4. Seite zur Verfügung des Pfarramtes. Probenummern gratis.

BLOCH, Buchdruckerei und Verlag, ARLESHEIM

Clichés rasch und zuverlässig!

SCHWITTER A.G.

BASEL Allschwilerstrasse 90
ZURICH Stauffacherstrasse 45

Berücksichtigen Sie die Inserenten der Kirchen-Zeitung



Telephon (033) 2 29 64

Fabrikation von Präzisions-Turmuhren modernster Konstruktion

Umbauten in elektroautomatischen Gewichtsaufzug

Zifferblätter, Zeiger

Revisionen und Reparaturen aller Systeme

Wir beraten Sie kostenlos und unverbindlich

Neue Bücher!

BACHMANN — Der ewige Ring. Ein herrliches Büchlein für Brautleute. Neben den eigentlichen Briefen über die Ehe sind Kostbarkeiten aus Dichtung und Kunst eingestreut, die das Gedankliche und theoretisch Gesagte verdeutlichen und vertiefen. Reich illustriert. Ln. Fr. 6.90.

DAVID — Über das Bild des christlichen Mannes. Es geht dem Autor darum, eine Art Theologie der männlichen Aufgabe in der Schöpfung zu entwickeln. Engl. br. Fr. 4.55.

EURINGER — Der kostbare Schrein. Ein kleines Brevier mystischer Weisheit in neuer Fassung. Zuerst werden die Texte im Prosatext, teils in der Ursprache, und dann in behutsamer Nachdichtung geboten. 216 Seiten, Ln. Fr. 9.90.

HANSTEIN — Kanonisches Eherecht. Ein Grundriß für Studierende und Seelsorger. 3., verbesserte Auflage. 272 Seiten, Ln. Fr. 10.—.

HÜNERMANN — Versiegelte Lippen. Erzählungen zum Sakrament der Sündenvergebung. Vortrefflich geeignet zum Vorlesen oder Nacherzählen! 205 Seiten, Ln. Fr. 8.80.

MAUSBACH-ERMECKE — Katholische Moraltheologie, Bd. III, 2. Teil. Die spezielle Moral: 2. Der irdische Pflichtenkreis. Diese neue, 9. Auflage behandelt besonders die Lehre von den sittlichen Pflichten des Apostolates zur Auferbauung des Reiches Gottes in Kirche und Welt. 316 Seiten, Hln. Fr. 19.60.

REIMMICH — Das Lied der Königin. Ein Liebfrauenbuch. 177 Seiten, Hln. Fr. 6.05.

SCHUBIGER — Was Adam gefällt. Ein Buch für die junge Eva von heute. 160 Seiten, Ln. Fr. 7.80.

DE WOHL — Das goldene Netz. Ein spannender Roman um Ignatius von Lyola. 303 Seiten, Ln. Fr. 14.80.

SCHREYER — Der Sieger über Tod und Teufel. Ein Schau- und Lesebuch, das dem modernen religiösen Menschen das Heilsgeschehen nahebringt. Ein Werk voller herrlicher Texte und Bilder, teilweise noch ganz unbekannt. Ln. Fr. 22.90.

BUCHHANDLUNG RÄBER & CIE. LUZERN

Paramenten-Werkstätte Maria Brändle, Luzern

empfiehlt sich für neuzeitliche Meßgewänder, Alben, Chorröcke, Stolen usw. Unentgeltliche Anleitung, Aufträge werden nur noch direkt durch mich ausgeführt und geliefert. — Eigene Weberei Dreilindenstraße 29, Telefon (041) 23817. Autobushaltestelle: Dreilinden

SAMOS des PÈRES

MUSCATELLER MESSWEIN

Direkter Import: KEEL & CO., WALZENHAUSEN, Tel. 071/44571
Harasse zu 24- und 30-Liter-Flaschen Fäßchen ab 32 Liter

Orient-Teppich

selten schönes Stück, besonders geeignet

als Chorschmuck

Täbris old, 6,40 x 4,65 Meter, Fr. 5900.—

Jos. Steenaerts, Davos-Platz

Selbständige

Person

sucht Stellung in Diasporapfarrei zur Mithilfe im Büro und evtl. Haushalt und Küche, Lohn bescheiden. — Offerten erbeten unter 2789 an die Expedition der KZ.

Richtig schnupfen ...

bedingt, daß aller- kleinste Mengen leicht eingezogen werden und nicht durch den Nasenkanal in den Rachen gelangen. So ist das Schnupfen sauber, hygienisch, angenehm und wohltuend. MEN- TOPIN Schnupftabak (Nazionale Chiasso), in Direkt-Schnupfdose: 50 Rp.

Aelteres Fräulein

bewandert und zuverlässig in allen Arbeiten eines Pfarrhaus- haltes, gut fähig, wieder sol- chen Posten zu versehen, sucht Stelle zu geistlichem Herrn. —

Offerten erbeten unter Chiffre 2790 an die Expedition der KZ.

Wertvolle

Neuerscheinung!

Heilslehre der Kirche

87 päpstliche Dokumente von Pius IX. bis Pius XII. zum Glau- bens- und Gnadenleben.

Eine unerschöpfliche Quelle für das geistliche Leben!

1344 Seiten. Ln. Fr. 31.20

BUCHHANDLUNG
RÄBER & CIE., LUZERN

Bestbekannte Werkstatt für Erstellung von Kel- chen, Monstranzen, Tabernakeln etc., gediegen und reell

AD. BICK

WIL (SG)

Altmeister mit jungen Hilfskräften

Fachgeschäft seit 1840
Garantie - Feuervergoldung • Renovationen
Billige Preise • Tel. (073) 615 23 • Mattstr. 6

WEIHPRAUCH

KOHLE/OEL

WACHSRODEL

J. STRÄSSLE LUZERN
KIRCHENBEDARF · HOFKIRCHE
TELEPHON (041) 23318



Meßweine

sowie Tisch- u. Flaschenweine

bez ehen Sie vorteilhaft bei

Fuchs & Co., Zug

Telephon (042) 4 00 41

Vereidigte Meßweinlieferanten

Roos-Soutanen

gelten einhellig als vorzüglich gearbeitet. Unser bewährter Schnitt und das speziell ausgebildete Fachpersonal schaffen den guten Ruf unserer Soutanen.

Beachten Sie u. a. den schönen Fall der Soutane, den einwandfreien Stehkragen und die feine, kaum spürbare Nahtführung um die Halspartie.

Wir liefern Soutanen aus besten Kammgarnen nach Maß,

oder fertig in allen kuranten Konfektionsgrößen, durchgeknöpft (Handknopflocher) mit verdeckter Knopfleiste

mit Reißverschluß, ab Fr. 198.—

Besuchen Sie unverbindlich unser Atelier oder schreiben Sie um eine Ansichtssendung.

Seit 50 Jahren Priesterkleider.

Roos-Luzern

Haus Monopol, b. Bahnhof, Frankenstraße 2
Telefon (041) 2 03 88

Geschichten, die sich zum Vorlesen eignen, finden Sie im neuen Jahrgang unseres

Christlichen Hauskalenders 1954

Er enthält neben allem, was zu einem Kalender gehört, die interessanten Erinnerungen einer 95jährigen Zugerin, die Gouvernante im Gästehaus des ägyptischen Königs Fuad, des Vaters von König Faruk, war; Erzählungen von J. B. Hilber, Arthur Müller und Meinrad Lienert, eine Anleitung zu praktischer Heimatkunde von Dr. Anton Müller und eine Würdigung des Bildhauers August Bläsi mit Abbildungen seiner Werke von Fritz Flueler. Fr. 1.60.

Verlag Räber & Cie., Luzern